

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0139/2022/IV

Datum:
14.06.2022

Federführung:
Dezernat V, Stadtarchiv

Beteiligung:

Betreff:

**Beauftragung einer wissenschaftlichen Studie zur
Heidelberger Kommunalverwaltungsgeschichte im
Nationalsozialismus**

Informationsvorlage

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Ausschuss für Kultur und Bildung	30.06.2022	Ö	() ja () nein () ohne	
Haupt- und Finanzausschuss	06.07.2022	Ö	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	20.07.2022	Ö	() ja () nein () ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Ausschuss für Kultur und Bildung, der Haupt- und Finanzausschuss und der Gemeinderat nehmen die Information zum Sachstand „Beauftragung einer wissenschaftlichen Studie zur Heidelberger Kommunalverwaltungsgeschichte im Nationalsozialismus“ zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag in Euro:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
• Haushaltsjahr 2022	maximal 4.500 Euro
• Haushaltsjahre 2023 folgende	insgesamt maximal rund 60.000
Einnahmen:	
• keine	
Finanzierung:	
• Finanzierung im Haushalt 2022 aus Gesamtbudget beziehungsweise Budgetübertrag des Stadtarchivs	
Folgekosten:	
• In den Folgehaushalten bis einschließlich 2026 müssten entsprechende Mittel anteilig beim Stadtarchiv veranschlagt werden.	

Zusammenfassung der Begründung:

Es wird dargelegt, wie im Rahmen eines auf mehrere Jahre zu veranschlagenden Forschungsprojekts eine Geschichte der Heidelberger Stadtverwaltung in der Zeit des Nationalsozialismus nach wissenschaftlichen Maßstäben erarbeitet und die Forschungsergebnisse publiziert werden können.

Begründung:

Mit Antrag 0024/2022/AN vom 01.02.2022 beantragt die SPD die Beauftragung einer wissenschaftlichen Studie zur Heidelberger Kommunalverwaltungsgeschichte im Nationalsozialismus.

Eine wissenschaftliche Monographie zur Heidelberger Kommunalverwaltung im Nationalsozialismus ist bislang ein Desiderat der lokal- und kommunalhistorischen Forschung zur Geschichte des Nationalsozialismus in Heidelberg.

Städte und Gemeinden spielten im Dritten Reich eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der NS-Politik. Jüngere Untersuchungen zeigen, dass sie stärker in die Verfolgungspolitik einbezogen waren als bislang angenommen. Unter anderem entließen sie Mitarbeitende aus rassistischen und politischen Gründen, ‚arisierten‘ Kunst- und Vermögenswerte, vertrieben und verfolgten politische Gegner, Juden, Sinti und Roma.

Es verbietet sich, die angeregte Forschungsarbeit durch die Stadtverwaltung beziehungsweise das Archiv selbst zu leisten (absehbarer Vorwurf/Unterstellung mangelnder Objektivität). Vorgeschlagen wird die wissenschaftliche Aufarbeitung durch eine externe Historikerin/einen externen Historiker.

Die Ergebnisse der Recherchen und daraus abzuleitenden Erkenntnisse können nach wissenschaftlichen Maßstäben und ohne jedwede ‚Zensur‘ in der vom Archiv herausgegebenen Buchreihe der Stadt Heidelberg veröffentlicht werden.

Damit trägt die Stadt gleichermaßen Sorge für die Aufarbeitung des Themas und die möglichst umgehende Veröffentlichung der Erkenntnisse.

Denkbarer Realisierungsweg:

- Die Stadt vergibt ein Promotionsstipendium
- Das Stipendium läuft über 30 bis 36 Monate (üblicher Promotionszeitraum für eine wissenschaftliche Nachwuchskraft im Fach Geschichte)
- Auswahl und Betreuung einer bereits über Vorkenntnisse/Erfahrungen in Archivrecherchen sowie in der NS-Geschichte verfügenden Nachwuchskraft erfolgen in Kooperation mit Prof. Dr. Engehausen (als Doktorvater). Seitens des Stadtarchivs leisten Dr. Blum und Dr. Braun Hilfestellung bei der Archivrecherche und bei der Herausgabe der Doktorarbeit
- Die Doktorandin/der Doktorand erhält Zugang zu allen relevanten Archivalien des Stadtarchivs sowie später Unterstützung bei der Veröffentlichung
- Konkret stünde eine qualifizierte Doktorandin voraussichtlich ab Oktober 2022 zur Verfügung; ein Projektstart im Herbst wäre daher möglich.

Veranschlagte Kosten:

- Forschungsstipendium für circa 2,5 bis 3 Jahre (30-36 Monate) von monatlich 1.500 € (inklusive Sach- und Reisekostenpauschale)
- Benötigt werden insgesamt 45.000-54.000 Euro, verteilt auf die Haushaltsjahre 2022-2025
- Hinzu kommen im Haushaltsjahr 2026 geschätzte Druckkosten (abhängig vom Seitenumfang, Abbildungen/Tabellen) von 6.000-10.000 Euro (die Beantragung eines entlastenden Druckkostenzuschusses zum Beispiel aus der Stadt-Heidelberg-Stiftung ist denkbar)

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt	Ziel/e: Begründung
KU 3		Qualitätsvolles Angebot sichern Durch die geplante Forschungsarbeit wird das kulturelle Angebot ergänzt und ein wichtiger Austausch über die historische Bedeutung des Stadt in der Zeit des Nationalsozialismus ermöglicht

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine

gezeichnet
Wolfgang Erichson